



Klimaschutz und der Beitrag Bargtheides

Betrachtungen
für eine nachhaltigen und zukunftsorientierte
Klimapolitik



**Freie
Demokraten**
FDP

FDP-Ortsverband Bargtheide
als Herausgeber, September 2016



INHALT

Dr. Heiner Garg
Einführung

Seite 4

<i>Hermann Fischer</i> Zusammenfassung	Seite 5
<i>Gorch-Hannis la Baume</i> KLIMASCHWANKUNGEN ALS ERDGESCHICHTLICHES PHÄNOMEN	Seite 6
<i>Manfred Adam</i> ANTHROPOGENE EINFLÜSSE ALS FAKTOREN DER ERDERWÄRMUNG	Seite 8
<i>Hermann Fischer</i> KLIMASCHUTZ ALS ETHISCHE DIMENSION	Seite 10
<i>Manfred Adam</i> KLIMASCHÄDLICHE EMISSIONEN IM WELTWEITEN VERGLEICH	Seite 12
<i>Manfred Adam</i> ZIELE DES KLIMAGIPFELS 2015 UND DIE ROLLE DEUTSCHLANDS	Seite 14
<i>Gerhard Artinger</i> KLIMASCHUTZ UND SEINE EFFEKTE AUF DIE CO2-EMISSIONEN	Seite 16
<i>Dr. Hans-Joachim Reh</i> BISHERIGE AUSWIRKUNGEN DER ENERGIEWENDE	Seite 19
<i>Manfred Adam/Hermann Fischer</i> DER BEITRAG BARGTEHEIDES ZUM KLIMASCHUTZ	Seite 22

Konzept, Lektorat, Redaktion: Hermann Fischer

Herausgegeben und verantwortet vom Vorstand des FDP-Ortsverbandes Bargteheide

Bahnhofstraße 7, 22941 Bargteheide

Alle Rechte beim Vorstand des FDP-Ortsverbandes Bargteheides

Vorwort

von Dr. Heiner Garg – Landesvorsitzender der FDP Schleswig-Holstein

Die vorliegende Schrift setzt sich aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit der klimapolitischen Debatte in Deutschland, Europa und der Welt auseinander. Sie lädt ein, sich kritisch weit über die tagespolitische Debatte hinaus, mit den Herausforderungen des Klimaschutzes auseinanderzusetzen.

Die Freien Demokraten wollen den kritischen Diskurs – vor allem wollen wir nicht belehren sondern die demokratische Auseinandersetzung um die beste Lösung.

Dem Vorstand der Freien Demokraten Bargteheide danke ich sehr für sein Engagement und den Mut, eine Debatte anzustoßen, die jede Aufmerksamkeit verdient.

Den Leserinnen und Lesern wünsche ich eine spannende Lektüre und viele – auch kontroverse – Diskussionen, denn genau davon lebt unsere Demokratie.

Herzlichst

Dr. Heiner Garg, Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein



Zusammenfassung

Dass sich unser Klima wandelt, ist offenkundig. Doch klimatische Veränderungen sind kein Phänomen unserer Zeit, sie sind ewiger Begleiter unseres Planeten. Neu ist unsere Einsicht, dass anthropogene Einflüsse auf die klimatischen Schwankungen einwirken, sie verstärken und/oder beschleunigen – mit Folgen für alles Leben auf der Erde. Als Verursacher klimarelevanter Prozesse sehen wir uns in der ethisch begründeten Pflicht, Gegenstrategien zur Folgenbegrenzung zu entwickeln und umzusetzen. Das Problem allerdings ist, dass wir nicht wissen, in welchem qualitativen und quantitativen Maße und mit welchen konkreten Effekten sich menschliches Handeln bzw. Unterlassen auswirkt und wo sich der anthropogen generierte Beitrag auf der Zeitskala der Erderwärmung exakt verorten lässt. Wir tun uns daher schwer damit, auf supra-nationaler Ebene Ziele und Vorgehensweisen zu vereinbaren und ihre Umsetzung zu überwachen. Der Klimagipfel 2015 in Paris, bei dem sich 196 Staaten auf eine gemeinsame Agenda verständigt haben, könnte einen Wendepunkt im globalen Kampf gegen die Erderwärmung markieren. In diesem Bemühen steht Deutschland als eines der weltweit technologisch höchstentwickelten und exportstärksten Länder, das zudem aufgrund seiner Industriedichte mit einem überproportionalen Anteil an klimaschädlichen Emissionen zum globalen Gesamtausstoß beiträgt, in einer besonderen Verantwortung. Allerdings wird man seiner nationalen Verantwortung nicht durch Alleingänge gerecht, schon gar nicht, wenn man dabei die Interessen seiner Nachbarn ignoriert und dadurch supra-nationale CO₂-Vermeidungsstrategien erschwert. Und wenn innerstaatliche Regulierungen einen ganzen Wirtschaftszweig mit desaströsen Folgen für seine Stakeholder an den Rand des Ruins treiben, Kulturlandschaften zerstören, die Energiepreise für sozial schwächere Mitbürger nahezu unbezahlbar machen und im Endeffekt sogar noch einen Anstieg der CO₂-Emissionen bewirken, dann ist man seiner nationalen Verantwortung jedenfalls nicht gerecht geworden.

Die nationale Verantwortung findet in der individuellen Verantwortung ihre Subjektivierung. Ohne die Anstrengungen des Einzelnen bleibt sie hohl und kraftlos. Bargteheide und Bargteheider Bürger haben im Bemühen um Energieeffizienz schon vieles auf den Weg gebracht – Optimierungsmöglichkeiten gibt es freilich immer. Sie lassen sich umso besser ausschöpfen, desto wahrhaftiger man mit dem Thema umgeht, die Proportionen, um die es hier vor Ort im globalen Kontext geht, benennt, die Relativität individuellen Handelns ehrlich bekennt und sich vor alarmistischen Tönen und symbolhaften Gesten hütet.

Hermann Fischer

Klimaschwankungen als erdgeschichtliches Phänomen

Die Erdentstehung wird nach heutigen Erkenntnissen vor 4,6 Mrd. Jahren angenommen. Seit dieser Zeit kühlte sich die Erde permanent ab und unterschritt nach ca. 600 Mio. Jahren die 100-°-C-Grenze. Mit fortschreitender Abkühlung konnte Wasser kondensieren und die Grundlage für die Entwicklung organischen Lebens bilden. Die erste Eiszeit begann vor ca. 2,3 Mrd. Jahren und dauerte ca. 300 Mio. Jahre an. In Intervallen von hunderten von Millionen Jahren folgten Eis- und Warmzeiten aufeinander. Vor etwa 2,6 Mio. Jahren setzte eine noch heute andauernde Eiszeit ein, darin eingebettet wärmere und kältere Perioden. Bis in unsere Tage hinein ist die relative Warmzeit des Holozän klimabestimmend, das vor etwa 11.500 Jahren begann und das wir aufgrund seiner Bedeutung für unsere gegenwärtigen klimatischen Verhältnisse näher betrachten wollen.

Die Auswertung der aus dem ewigen Eis gewonnenen Daten zeigt im globalen Mittel eine Erwärmung im frühen Holozän um 0,6 ° C. Sie führte vor 9.500 bis 5.500 Jahren zu stabil hohen Temperaturen, die über unserem heutigen Niveau lagen. Darauf folgte eine langfristige Abkühlung um 0,7 ° C bis ins 19. Jahrhundert n. Chr. hinein. Deutlich stärker als im globalen Mittel waren die Temperaturschwankungen in den Bereichen der Nordhalbkugel. Hier betrug die langfristige Abkühlung von vor 7.000 Jahren bis vor ca. 100 Jahren aufgrund der ausgedehnten Landmassen ca. -2 ° C. Daneben gab es aber kurzfristige und regionale Schwankungen, die den mittleren Verlauf der Temperaturentwicklung unterbrochen bzw. verstärkt haben. Ein heftiger Kälteeinbruch im Nordatlantikraum vor ca. 13.000 bis 11.500 Jahren beispielsweise verursachte extreme Temperaturschwankungen. Im Verlauf weniger Jahrzehnte sanken die Temperaturen um mehrere Grad ab, um sodann abrupt in eine Wärmephase überzugehen, die zu einem Anstieg der Temperaturen in der nördlichen Hemisphäre um bis zu 10 ° C innerhalb von 50 Jahren führte. Im 16. Jahrhundert folgte – um ein jüngeres Beispiel zu nennen – auf eine mittelalterliche Warmzeit die sogenannte Kleine Eiszeit. Im Verlauf des Holozäns lassen sich vereinfacht u. a. folgende Perioden identifizieren:

- Wärmeperiode von vor 7.000 bis 6.000 Jahren mit wärmeren Sommern und milderem Wintern als heute
Merkmale u. a.: Ausbreitung der Vegetation nach Norden bei gleichzeitigem Verlust der Savannen und damit der Lebensräume jagdbaren Großwildes; Hungersnöte.
- Kältere Zwischenphase in den Jahren vor 6.000 bis 5.000
Merkmale u. a.: Entstehung erster neolithischer Kulturen, Ackerbau und Viehzucht, Kultbauten.
- Wärmeperiode nach 4.000 v. Chr.
Merkmale u. a.: Anstieg der Meeresspiegel, Entstehung der Ostsee, Begünstigung der Entwicklung des Römischen Reiches.

- Kälteperiode zu Beginn unserer Zeitrechnung
Merkmale u. a.: Nordvölker wandern in den Süden, Untergang des Römischen Reiches.
- Warmzeit um 400 n. Chr.
Merkmale u. a.: technische Errungenschaften (Eisenpflüge, Getreidemühlen, Spezialisierungen in handwerklichen Berufen, Bautätigkeit).
- „Vulkanischer Winter“ aufgrund Ausbruchs des Tombora auf Indonesien im Jahr 1815
Merkmale u. a.: Hungersnöte in Europa, Forcierung der Auswanderung nach Amerika.

Zu beachten ist, dass die Klimaschwankungen regional sehr voneinander abwichen. So gab es erhebliche Unterschiede in einer Spannbreite von bis zu 2°C über oder unter den vorindustriellen (vor 1800) Mittelwerten. Auf Grönland war in der Wikingerzeit das Siedeln mit Ackerbau u. Viehzucht möglich, in SO-Europa und im östlichen China gab es ebenfalls diese regionalen warmen Phasen. Im Gegensatz dazu waren in den Tropen die Temperaturen um $0,5 - 2^{\circ}\text{C}$ niedriger als in vorindustrieller Zeit.

Trotz des Wechsels zwischen kälteren und wärmeren Klimaphasen gilt das Klima des Holozäns insgesamt als eine sehr stabile Phase in der Erdgeschichte, die als Voraussetzung für die Entwicklung der menschlichen Hochkulturen gesehen wird.

Die Gründe für Klimaschwankungen sind vielfältig. Neben Sonnenaktivitäten und planetarischen Inkonstanten kommt der Drift der Erdachse eine maßgebliche Bedeutung zu. In einem Zyklus von 23.000 Jahren schwankt die Neigung der Erdachse. So lag der Nord-Sommer vor 9.000 Jahren am sonnennächsten Punkt, während er heute am sonnenfernsten Punkt liegt. Hinzu kam noch eine Verringerung der Achsenneigung der Erde um 1° während der letzten 9.000 Jahre. Dies hat zur Folge, dass bei 65° nördlicher Breite eine Verringerung der solaren Einstrahlung um 10 % besteht.

Dieser Abriss möge verdeutlichen, dass kosmische Gesetzmäßigkeiten das globale und regionale Klima in einem Ausmaß verändert haben und auch zukünftig verändern werden, gegen die sich jede anthropogen verursachte Erderwärmung eher bescheiden ausnimmt. Der Versuch, den globalen Temperaturanstieg auf 2°C zu begrenzen, ist wegen der Dynamik der eintretenden Veränderungen gleichwohl richtig und wird auch vom FDP-Ortsverband engagiert unterstützt. Wir sollten uns aber der Relativität unseres Bemühens bewusst sein; den übergeordneten klimaverändernden Kräften werden wir perspektivisch nicht entkommen. Darum ist die alleinige Fokussierung auf eine Begrenzung der Erderwärmung auch zu eng angelegt, ja kontraproduktiv. Mit derselben Intensität sollten die Anstrengungen darauf gerichtet sein, Schutzmaßnahmen vor Stürmen und steigenden Meeresspiegeln global zu treffen und zu fördern.

Anthropogene Einflüsse als Faktoren der Erderwärmung

Unsere natürliche Umgebungsluft enthält ca. 0,03 bis 0,04 % Kohlendioxid (CO₂). Eine präzisere Maßeinheit als das Prozentverhältnis der Zusammensetzung der Luftgase sind die „parts per million“ (ppm). Als historisches Minimum an CO₂ in der Atmosphäre zeigte dieser Indikator 190 ppm für die letzte Eiszeit an, heute weist er einen Wert von 400 ppm auf. In den 1980-er Jahren betrug er bereits 333 ppm.

Wir interpretieren diese Veränderung als Indiz für ein menschenverursachtes, geophysikalisches Experiment mit nicht absehbaren Folgen für unseren Globus.

Zu Recht?

Wir wissen nicht erst seit heute, dass bereits vor unserer Zeitrechnung durch die Rodung von Wäldern und die Verbrennung des Holzes, insbesondere zum Zwecke der Metallproduktion und der Urbarmachung der Böden für landwirtschaftliche Nutzung, enorme Mengen gespeicherten CO₂s in die Atmosphäre gelangten. Die Industrialisierung gegen Ende des 18. Jahrhunderts sowie eine parallel verlaufende dynamische Bevölkerungsentwicklung (von 790 Millionen Menschen um 1750 bis heute um die 7,4 Milliarden) beschleunigten diesen Prozess signifikant. So hat die Menschheit ihren eigenen CO₂-Ausstoß von 1750 bis heute um 740 % erhöht; schon mit ihrer Atemluft trägt sie am gesamten anthropogen verursachten CO₂-Aufkommen in einer Größenordnung von 7 % bei. Zum rasanten Wachstum der Bevölkerung kommen ihre zunehmende Mobilität und eine ausufernde Zementproduktion (allein in Deutschland werden jedes Jahr 31 Mio. t Zement erzeugt. Weltweit sind es 3,4 Gigatonnen!), womit eine fortschreitende Verbrennung fossiler Brennstoffe einhergeht. Verstärkt wird dieses Phänomen durch

- die Intensivierung der Landwirtschaft
- Massentierhaltung
- weitere, rücksichtslose Rodung von Wäldern
- sonstige ressourcenzehrende zivilisatorisch verursachte Prozesse

Schon vor 200 Jahren erkannten Pioniere der Klimaforschung (Jean Fourier, John Tyndall u. a.), dass CO₂, Wasserdampf und Ozon in der gasförmigen Hülle rund um unseren Planeten die abgestrahlte Sonnenwärme zurück auf die Erde werfen. CO₂-Moleküle absorbieren Infrarotstrahlen und wandeln diese in Wärme um. Dem CO₂ gelingt dies besonders wirksam, obwohl es nur in kleinster Konzentration in der Atmosphäre vorkommt.

Inzwischen kennt man weitere „Klimakiller“: Methan aus der Rinderzucht, Lachgas aus Dünger und FCKW-Gase sind mit die potentesten aus einem Ensemble von insgesamt ca. 30 klimaschädlichen Gasen.

Der schwedische Nobelpreisträger S. Arrhenius warnte schon vor 100 Jahren, dass eine Verdoppelung des CO₂-Gehaltes eine Erderwärmung von 4 bis 6 Grad bewirken werde. Aktuellen Klimamodellen zufolge sollen es um die 3 Grad Celsius sein.

Seit den 50-er Jahren nimmt die Klimaforschung Fahrt auf. Der US-Forscher Keeling konnte mit der nach ihm benannten Keeling-Kurve den Verlauf der CO₂-Zunahme dokumentieren. Dies gilt als Meilenstein in der seriösen Klimaforschung. Die Politik jedoch sieht sich vielfach in einem Interessenkonflikt zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Klimaschutz. Besonders in den USA findet man zahlreiche Kritiker an klimaschützenden Maßnahmen in maßgeblichen politischen Kreisen. Auch stehen manche Beobachter dem Erkenntnisstand der Klimawissenschaftler sehr kritisch gegenüber und finden darin Unterstützung durch gegenläufige oder relativierende wissenschaftliche Positionen (S. F. Singer, R. A. Pielke, H. v. Storch u. a.). Nach zwei Ölpreiskrisen konstituierte sich Ende der 80-er Jahre der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Dieser jedoch agierte in der Folgezeit politisch ungeschickt und wenig professionell, wodurch seine wissenschaftliche Reputation angreifbar wurde. Das ermunterte wiederum Zweifler, die seriöse Klimaforschung zu hinterfragen – zumal zweifelsfrei angenommen werden kann, dass eine Veränderung des Erdklimas im Zeitablauf nicht einzig und allein auf die CO₂-Anreicherung der Atmosphäre zurückzuführen ist. Es gibt andere, nicht anthropogene Ursachen, die eine beträchtliche Rolle spielen, auch sind die konkreten Auswirkungen der CO₂-bedingten Umwandlung von Infrarotstrahlung in Wärme noch nicht abschließend erforscht. Bei der Diskussion um die Bedeutung des CO₂-Ausstoßes und beim Klima-Management müssen diese Faktoren Berücksichtigung finden.

Klimaschutz als ethische Dimension

Ethik soll nachfolgend verstanden sein als Wertegebäude, das uns hilft, Kriterien für gutes und schlechtes Verhalten zu entwickeln. Doch woran messen wir gutes oder schlechtes Handeln oder Unterlassen? Aufgrund unserer kognitiven Beschränkung gibt es keine für uns erkennbare absolute Wahrheit und daher auch keinen allgemein gültigen Maßstab für „gut“ oder „schlecht“. Die Einordnung in eine der Kategorien hängt vielmehr von unserem individuellen Normengefüge ab. Bezogen auf unser Thema soll nachfolgend versucht werden, dieses Dilemma an einigen Beispielen zu verdeutlichen.

- Nehmen wir den Amoralisten oder Nihilisten. Für ihn stellt sich die Frage nach „gut“ oder „schlecht“ nicht, weil er Normen des Zusammenlebens ablehnt (z. B. F. Nietzsche: „Sklavenmoral“, Marquis de Sade: „Tugend führt ins Unglück, Laster zum Glück). Für den
- religiösen Menschen ist das Maß seines Handelns die Bewahrung der Schöpfung. „Gut“ ist, was die Schöpfung bewahren hilft und dem Erhalt der Vielfalt des Lebens dient. Auch der
- Humanist wird seinen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten, weil Klima- und Umweltsünden sein Streben nach Persönlichkeitsentfaltung, nach einer Optimierung gesellschaftlichen Zusammenlebens bzw. der besseren Existenzform konterkarieren würden. Für den
- Rationalisten gilt Kants kategorischer Imperativ - oder, auf den Umwelt- und Klimaschutz übertragen, das Prinzip „quid pro quo“. Man tut oder unterlässt etwas, weil man sich anderenfalls selbst, seiner Familie, seinen Kindern oder auch anderen Schaden zufügt.

Bis auf den Amoralisten und Nihilisten haben Klima- und Umweltschutz für die Menschen also eine ethische Dimension, weil es mindestens darum geht, die Lebensbedingungen nicht durch menschliches Verhalten zu verschlechtern. Aber was bedeutet „gutes Verhalten“ im Hinblick auf Klimaschutz konkret? Der Atomkraftbefürworter reklamiert „gutes Verhalten“ für sich ebenso wie der Atomkraftgegner, und beide erachten ihre Position als ethisch legitimiert. Wie gesagt: das Dilemma unseres kognitiven Käfigs. Es kommt hinzu, dass sich der ethische Impetus in sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen manifestiert. Da gibt es zum Beispiel den

- Gesinnungsethiker. Ihm geht es in erster Linie um die „gute“ Gesinnung, weniger um die Folgen des Handelns. Der Eigenwert der edlen Gesinnung rechtfertigt auch unsinniges Handeln. Hauptsache, man fühlt sich gut. Ihm verwandt ist der
- Symbolethiker, der ein Zeichen setzen möchte, z. B. mit einem „Veggie-Day“. Die Verhältnismäßigkeit des Handelns ist gegenüber dem erzieherischen Aspekt nachrangig. Ganz anders der
- Verantwortungsethiker, der die Folgen seines Tuns bedenkt, gegeneinander abwägt und dabei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Eine Welt ohne Atomenergie mag ethisch wohl begründbar sein (wie dies auch umgekehrt gilt). Ein abrupter Ausstieg aus dieser Technologie aus rein innenpolitischem Kalkül – zumal vor dem Hintergrund weltweiter Forcierung dieser Form der CO₂-neutralen Energiegewinnung – ist es jedenfalls nicht. Doch wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die in Deutschland eingeleitete Energiewende unumkehrbar ist. Für uns FDP-ler kommt es nun darauf an, dass sie im Sinne der Verantwortungsethik mit Augenmaß und Pragmatismus gestaltet wird. In kantschem Sinne fragen wir uns: was muss ich bei Verzicht auf Atomenergie unabweisbar tun, um das Klimaziel zu erreichen und dabei doch den Energiebedarf einer Industrienation im Kontext globaler Dynamiken zu decken und für den Einzelnen bezahlbar zu halten. Und nicht nur das. Der politisch erzwungene Wechsel hin zu den sogenannten erneuerbaren Energien (wie eigentlich lassen sich verbrauchte Energien „erneuern“?) zwingt den verantwortungsbewussten Betrachter zugleich, seinen Blick auf die Regionen weltweit zu richten, in denen fruchtbarer Boden und riesige Waldflächen – also für das Klima so wichtige CO₂-Senken – unwiederbringlich vernichtet werden, um energieliefernde Pflanzen anzubauen. Es ist eben nicht so einfach mit der Ethik. Für die FDP aber ist klar: eine ethisch fundierte Haltung richtet den Blick über den Tellerrand, berücksichtigt in ihrem sorgfältigen Abwägungsprozess die langfristigen Auswirkungen vermeintlich „guten“ Tuns – und zwar nicht nur für die globale CO₂-Bilanz, sondern auch für ganze Gesellschaften, die durch die Vernichtung ihrer natürlichen Umwelt an den Rand gedrängt werden. Da muss gar nicht betont werden, dass eine wirklich ethisch fundierte Position alle Übertreibungen, Symbolhandlungen, Scheinaktivitäten und den Missbrauch von Ethik als Totschlagsargument ausschließt.

Klimaschädliche Emissionen im weltweiten Vergleich

Die jährlichen Gesamtemissionen an CO₂ in der Welt bewegen sich in der Größenordnung um die 35.000 Millionen Tonnen. Deutschlands Beitrag hierzu macht etwas weniger als 3 % aus. Wenn man

- den Anteil Deutschlands an der Weltbevölkerung von etwa 1 % in den Blick nimmt und
- seine Fläche von 0,24 % der Gesamt-Landmasse berücksichtigt,

trägt Deutschland mit einem überproportionalen CO₂-Ausstoß zur globalen Gesamtemission bei.

In absoluten Zahlen ausgedrückt emittierten im Jahr 2013 um die Million Tonnen (Mt.):

- China: 10. 000 Mt.
 - USA: 5.200 Mt.
 - Indien: 2.500 Mt.
 - Russland : 2.000 Mt.
 - Japan: 1.200 Mt.
 - Deutschland: 900 Mt.
- **Bargteheide: ca. 0,07 MT**

Deutschlands Anteil an der Weltwirtschaft dagegen spielt in einer ganz anderen Liga. Es ist die weltweit viertgrößte Volkswirtschaft und eine der größten Exportnationen. Mit seiner hochentwickelten Industrie- und Infrastruktur und dem damit einhergehenden industriellen ‘Output‘ lässt sich die Diskrepanz zwischen Anteil an den Weltressourcen und dem CO₂-Ausstoß auf konventioneller Basis erklären. Jedoch hat spätestens seit den beiden Ölpreiskrisen in den 70-er Jahren eine Entkoppelung von volkswirtschaftlichem Wachstum und steigendem Energieeinsatz stattgefunden. Mit weiterem technologischen Fortschritt und zeitgleich sorgsamem Umgang mit Energie ist zu erwarten, dass eine zusätzliche Wertschöpfung jeweils einen geringeren energetischen Einsatz erfordern wird. Somit kann auch davon ausgegangen werden, dass mit geringerem Energieeinsatz auch die CO₂-Emissionen zunächst stagnieren und danach stetig zurückgehen werden.

Bei der Umstellung auf ressourcenschonende Energieerzeugung kommt Deutschland eine führende Rolle zu. Nicht nur wegen der – im weltweiten Vergleich – höheren CO₂-Emissionen pro Kopf, sondern weil ihm als technologischen Spitzenakteur auch eine Leitfunktion zukommt. Hierin liegt Deutschlands besondere Verantwortung und Pflicht.

„Erneuerbare“ Energieträger, die in Deutschland heute einen Anteil um die 30 % zur Erzeugung elektrischer Energie leisten, werden dabei zunehmend wichtiger. Dies alles vor dem Hintergrund, dass zur Wärmeerzeugung und für den Verkehrssektor fossile bzw. nukleare Energieträger heute immer noch bis zu 95 % zur Energiebilanz beitragen. Hier wird die Umstellung auf erneuerbare Energieformen eine längere Transitions-Periode erfordern.

Hinsichtlich der aus politisch-taktischen Gründen im Schnellschussverfahren veranlassten Energiewende ist für Deutschland festzuhalten, dass im Jahr 2014 insgesamt von Haushalten, Gewerbe, Industrie, Verkehr, Land- und Energiewirtschaft 912 Millionen Tonnen Treibhausgase produziert wurden. Das entspricht im Vergleich zu 1990 einem Rückgang von 27 %. Damals wurden (mit DDR) noch rund 1.250 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt. Zum Vergleich: 1.500 Millionen Tonnen CO₂ haben die Feuer in Indonesien allein von September bis November 2015 in die Atmosphäre abgegeben, mehr als Japan in einem Jahr emittiert. Daher kommt es vor allem auf eins an: Augenmaß!

Bezogen auf die von Deutschland jährlich zu verantwortenden rd. 900 Mt. an CO₂-Emissionen würden auf Bargtheide knappe 200.000 Tonnen entfallen. Tatsächlich sind es lt. eines von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachtens aus dem Jahr 2012 deutlich unter 70.000 Tonnen. Wie gesagt: Die Relationen beachten!

Ziele des Klimagipfels 2015 und die Rolle Deutschlands

Die Auswirkungen und Gefahren des Klimawandels und der globalen Erderwärmung haben mittlerweile fast alle Länder erkannt. Weltweit stehen Bemühungen um Klimaschutz auf der Agenda, werden jedoch nur mehr oder weniger intensiv angegangen – zumeist aufgrund ökologischer/ökonomischer Zielkonflikte und vor dem Hintergrund divergenter wissenschaftlicher Positionen. So stellen führende Institute der Klimaforschung zwar überwiegend dieselben Ursachen und Symptome der Aufheizung der Erdatmosphäre fest, andere Repräsentanten der Klimaforschung treten demgegenüber skeptisch auf und fordern eine weitere Absicherung der Befunde, bevor Ursachen und Folgen als wissenschaftlich gesichert reklamiert und „verkauft“ werden. Als monokausale Erklärung ausschließlich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre anzusehen, mag zwar verführerisch sein, ist in der Tat aber leichtfertig und wissenschaftlich wohl zu kurz „gesprungen“.

Trotz dieser unterschiedlichen Blickwinkel auf die Klimaproblematik hat sich auf der Klimakonferenz vom 30.11. bis 01.12.2015 in Paris zum ersten Mal die gesamte Weltgemeinschaft auf einen historischen Klimavertrag mit dem Ziel geeinigt, die globale Erderwärmung zu begrenzen. Das neue Abkommen soll 2020 in Kraft treten und enthält Verpflichtungen für knapp 200 Staaten.

Grundlage der Verhandlungen war der aktuelle Weltklimabericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) – eine Auswertung aller relevanter Studien, die sich mit Ursachen und möglichen Folgen der Erderwärmung befassen. 1990 war der erste Sachstandsbericht erschienen, das letzte Werk stammt aus den Jahren 2013/2014. Die wesentliche Botschaft: Der Klimawandel ist Realität, die Erderwärmung muss auf zwei Grad begrenzt werden. Als Ergebnis des Gipfels kann – unter Einschluss der größten Emittenten China und USA – festgehalten werden:

- 196 Staaten haben feierlich beschlossen:
„Mit dem heute verabschiedeten Klimavertrag hat sich zum ersten Mal die gesamte Weltgemeinschaft zum Handeln verpflichtet – zum Handeln im Kampf gegen die globale Klimaveränderung“.
- Finanzhilfen für Entwicklungsländer.
- Das Abkommen soll dafür sorgen, dass die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit beschränkt wird; die Staaten wollen sogar versuchen, die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- Eine Verschärfung der EU-Klimaziele für 2030 oder 2050 steht hingegen vorläufig nicht auf der Agenda.

Auch wenn die wissenschaftlichen Befunde anthropogene Einflüsse auf den Klimawandel als seine Ursache bzw. sein Ausmaß nicht eindeutig, einmütig und abschließend ausweisen, müssen wir unser Verhalten doch darauf orientieren, als seien sie es. Denn es steht angesichts der existenziellen Bedeutung des Klimawandels für das Leben auf diesem Planeten zu viel auf dem Spiel. Im Kontext der diesbezüglichen globalen Anstrengungen kommt Deutschland eine besondere Rolle zu. Denn Deutschland ist ja nicht nur Heimat der Dichter und Denker, Zweifler und Bedenkenträger, sondern vor allem der Ingenieure und Naturwissenschaftler und daher gefordert, diese Stärken auf dem globalen Klima-Bazar auszuspielen. Daraus erwächst auch die Pflicht, mehr Mittel in die Forschungen zu investieren, insbesondere zur Generierung weiterer alternativer, dabei umweltkompatibler Energieoptionen – wie Kernfusion, Wasserstoffantriebe zur Deckung mobiler Energieerfordernisse, Energieeffizienz und -effektivität in allen Anwendungsformen.

Auch Speichertechnologien müssen weiterentwickelt werden, denn es nützt weder dem Klimaschutz noch uns Verbrauchern, wenn “grüne erneuerbare“ Energien aus Windkraft, Biotreibstoff oder Palmölplantagen Landschaft, Umwelt und Regenwälder sowie die Lebensgrundlagen vieler indigener Völker zerstören und wir dies alles mit unserer Stromrechnung auch noch finanzieren.

Klimaschutz und seine Effekte auf die CO₂-Emissionen

Aus den Veröffentlichungen des IPCC kann geschlossen werden, dass die steigende CO₂-Konzentration wesentlich zur globalen Erwärmung beiträgt. Zur Gegenwart hin steigt die CO₂-Konzentration auf inzwischen 400 ppm. Auch wenn die globale Temperatur diese Steigerung nicht zeitgleich mitmacht und Wissenschaftler außerhalb des IPCC auch auf andere wesentliche Einflussfaktoren (Sonnenflecken, kosmische Strahlung, kosmische Konstellation, vgl. Kap. 2) hinweisen, erscheint es geboten, den Ausstoß an CO₂ zu drosseln, zu verlangsamen oder gar umzukehren.

Wo wird überhaupt CO₂ emittiert und wie kann der CO₂-Ausstoß verringert werden?

Wesentlich sind zwei Bereiche:

- der persönliche Bereich mit z. B. Gebäudeheizung, Warmwasser und Verkehr sowie Kleinindustrie, Kleinbetriebe usw.
- der groß-industrielle Sektor, der dem Emissionshandel unterliegt. Zu ihm gehören Energieerzeugung, Anlagen der chemischen Industrie, Raffinerien, Zement-, Klinker- sowie Stahlhersteller usw.

Im **persönlichen Bereich** können wir den Ausstoß von CO₂ direkt beeinflussen, in dem wir selbst unser Verhalten ändern. Zusätzlich können übergeordnete, politisch motivierte Strategien auf unser Verhalten einwirken, in dem wir motiviert werden, in Energiesparmaßnahmen, in Energieeffizienz sowie in die Nutzung von regenerativen Energien (z. B. Solar, Wärmepumpe) usw. zu investieren.

Für die **Groß-Industrie** ist der Preis für die CO₂-Verschmutzungsrechte (CO₂-Zertifikate) die Stellschraube. Die Schädigung der Umwelt muss etwas kosten. Wer viel CO₂ in die Luft bläst, soll viel bezahlen, wer CO₂ einspart, soll Geld sparen. Dies führt zum CO₂-Emissionshandel.

Mehr als die Hälfte der CO₂-Emissionen stammt aus dem persönlichen Bereich, etwas weniger als die Hälfte der CO₂-Emissionen entfällt auf den groß-industriellen Sektor. Nur dessen Ausstoß ist gedeckelt. Der Deckel wird beginnend mit 2005 bis 2050 in Schritten abgesenkt. Diese Plafonds werden auch eingehalten, da das Angebot an Zertifikaten stets begrenzt ist und Angebot und Nachfrage den Preis regeln. Das Besondere dabei ist, dass die kontinuierliche Verringerung des CO₂-Ausstoßes ganz ohne Subventionen funktioniert. Für die CO₂-Einsparung wird automatisch die wirtschaftlichste Lösung zuerst umgesetzt.

In Deutschland jedoch hat man beschlossen, zusätzlich zum Emissionshandelssystem ein weiteres Instrument einzuführen, das heutige Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dessen § 1 lautet: „Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu

schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern“.

Das EEG regelt, wie hoch die Zuschüsse (Subventionen) für die Betreiber/Erzeuger sind. Explizites Ziel des EEG ist es also nicht, CO₂ einzusparen, sondern in erster Linie, „grünen“ Strom zu produzieren. Das EEG führt daher auch nur zur Verlagerung von CO₂-Emissionen, eine Einsparung von CO₂ ist, systembedingt, mit dem EEG nicht möglich. Dies soll an folgendem Beispiel deutlich gemacht werden:

Der Preis für eine Energieeinheit Kohle ist in der Regel günstiger als für eine Energieeinheit Gas. Kohlekraftwerke werden also zur Stromerzeugung bevorzugt eingesetzt. Bei hohem CO₂-Zertifikatspreis sind jedoch Gaskraftwerke billiger als Kohlekraftwerke, Gaskraftwerke werden also attraktiver.

Was passiert nun, wenn Windkraftanlagen viel Strom einspeisen? In diesem Fall müssen andere Kraftwerke zurückfahren. Genau das ist es eigentlich, was alle wollen (abgesehen vom Überschussexport ggf. zu Negativpreisen, den natürlich keiner will). Was passiert aber weiter?

Wenn konventionelle Kraftwerke zurückfahren, brauchen sie weniger Brennstoff, damit verbrauchen sie weniger CO₂-Zertifikate. Wenn weniger CO₂-Zertifikate gebraucht werden, geht die Nachfrage auf dem Markt zurück, der Preis sinkt. Sinkt der Preis, sinken die CO₂-Kosten bei Kohlekraftwerken stärker als bei Gaskraftwerken, irgendwann sind die Kohlekraftwerke wieder billiger als Gaskraftwerke. Kohlekraftwerke werden wieder bevorzugt eingesetzt. In der Folge kommt der Strom also vermehrt aus Kohlekraftwerken.

Da EU-weit die Anzahl der CO₂-Zertifikate festgelegt ist, wird durch die Einspeisung von Strom aus Windkraft kein CO₂ eingespart, es wird lediglich verlagert – z. B. von Erdgas auf Kohlekraftwerke. Auf ganz Europa bezogen findet die Verlagerung statt von Erdgas auf andere Energie erzeugende Industrien, auf andere Länder, also von Deutschland auf Tschechien, Polen, Frankreich, Spanien usw. Ergebnis ist, dass dadurch beispielsweise ein Kohlekraftwerk in Spanien mehr läuft und ein neues Projekt „Strom aus einem Solarkraftwerk“ sich dort nicht rechnet.

Wird nun ein Kohlekraftwerk stillgelegt, kauft es keine CO₂-Zertifikate auf dem EU-Markt mehr ein. Die Zertifikate können von anderen Industriezweigen oder von anderen Ländern in der EU aufgekauft werden. Die EU-weit festgelegte Menge an CO₂ bleibt konstant.

Angenommen, es werden nun als Ersatz für das Steinkohle-Kraftwerk neue, moderne Blockheizkraftwerke (BHKW) gebaut. Da die BHKW mit Erdgas betrieben werden und auch einen besseren Brennstoffnutzungsgrad aufweisen, haben sie geringere Emissionen als das alte Steinkohle-Kraftwerk. Diese BHKW unterliegen aber nicht dem Treibhausgas-Emissions-Handelsgesetz. Für diese BHKW müssen keine CO₂-Zertifikate gekauft werden, die Emissionen fallen aber trotzdem an. Da die Emissionen vom alten Steinkohle-Kraftwerk von anderen Marktteilnehmern verwendet werden, also trotzdem in die Atmosphäre gehen, die Emissionen der BHKW aber auch in die Atmosphäre entlassen werden, steigt insgesamt die CO₂-Emission in Europa. Dies ist ein Effekt, den der normale Bürger nicht erwartet, es ist aber so. Zusammenfassend kann man also sagen:

Wird ein Kohlekraftwerk durch „erneuerbare“ Energien ersetzt, bleibt der CO₂-Ausstoß unverändert. Wird ein Kohlekraftwerk durch kleine BHKW ersetzt, steigt der Gesamt-CO₂-Ausstoß.

Durch den im CO₂-Emissionshandel vorgegebenen Deckel von CO₂-Zertifikaten und durch die bis 2050 vorgesehene Absenkung des Deckels wird konkret CO₂ eingespart. Dabei wird automatisch die wirtschaftlichste Maßnahme zuerst umgesetzt. Der CO₂-Emissionshandel ist also volks- und betriebswirtschaftlich das effizienteste System. Ein zusätzliches System, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist nicht notwendig, im Gegenteil, es macht den Klimaschutz nur unnötig teuer.

Bisherige Auswirkungen der Energiewende

Wenn wir von der Energiewende sprechen, so meinen wir damit in der Regel den Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie und den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger – bei sukzessiver Substituierung dieser Quellen durch Wind, Photovoltaik und Biomasse. Wir sprechen damit von weniger als 4 % der in Deutschland erzeugten CO₂-Emissionen, die auf die gesamte Stromerzeugung entfallen. Mehr als 96 % dieses klimaschädlichen Gases werden von Verkehr, Industrie und Heizungen verursacht. Wir sprechen im Kontext der Luftverschmutzung also über eine marginale Größe. Der Umstieg auf die sogenannten erneuerbaren Energien zeitigt allerdings Folgen, die alles Mögliche sein mögen – nur nicht marginal.

Politik

Stromnetze enden nicht an nationalen Grenzen, sondern bilden ein supranationales, fragiles Geflecht zur staatsübergreifenden Steuerung und Regulierung der Stromflüsse. Mit ihrem energiepolitischen Alleingang hat Deutschland dieses Netzwerk nicht nur ins Wanken gebracht, sondern auch die europäischen Nachbarn brüskiert und ein Zeichen deutscher Egoismen und Überheblichkeit gesetzt.

Wirtschaft

Die massiv in den Energiemarkt drängenden Strommengen aus Wind und Photovoltaik haben Vorrang bei der Einspeisung und den Strommarkt ruiniert. An sonnen- und/oder windreichen Tagen wird der konventionell erzeugte Strom verdrängt und auf Kosten der Unternehmen verramscht. An sonnen- bzw. windarmen Tagen müssen konventionelle Kraftwerke zugeschaltet werden. Da sich dies ad hoc mit Kohlekraftwerken am unproblematischsten und wegen zumeist nicht mehr laufender Abschreibungen auch am wirtschaftlichsten realisieren lässt, steigt der jährliche CO₂-Ausstoß über die bisherigen Werte – die doch gerade gesenkt werden sollten! Ein klimapolitischer Bumerang, der die Energiekonzerne allerdings mit voller Wucht trifft:

- Die Unternehmenswerte der großen Versorger sind auf Bruchteile gesunken.
- Die Aktienkurse von Eon, RWE, EnBW sind zusammengebrochen. Viele Tausende Kleinaktionäre haben mit ihren „Witwen- und Waisenpapieren“ ihr Erspartes verloren. Kommunale Anteilseigner bekommen keine Renditen mehr.
- Die Rückstellungen für die Entsorgung der Brennelemente und den Abbau der Anlagen reichen schon wegen der reduzierten Betriebsdauer nicht aus. Sie stecken in den mittlerweile negativen Bilanzen und erhebliche Anteile werden wahrscheinlich vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen.

Die von der Photovoltaik-Lobby versprochenen 100.000 Arbeitsplätze sind zwar entstanden, allerdings in China. Dafür gingen in Deutschland Arbeitsplätze in dieser Größenordnung bei den etablierten Energieversorgern, aber auch bei der jungen Solarindustrie, verloren. Andere Wirtschaftszweige, insbesondere energieintensive Produktionsstätten (Aluminium, Stahl,

Chemie) erhalten auf Kosten des privaten Stromverbrauchers einen massiven Nachlass der EEG-Umlage, weil anderenfalls ihre Abwanderung ins Ausland droht.

Die privaten Haushalte

bekommen die Energiewende in dramatischer Form bei den Energiekosten zu spüren:

- Die EEG-Umlage auf der aktuellen Stromrechnung inklusive Umsatzsteuer beläuft sich auf 7,56 Ct/kWh.
- Die Netzentgelte haben sich in S-H im Jahr 2016 auf 11,92 Ct/kWh (incl. Mehrwertsteuer) erhöht. Sie werden weiter drastisch wachsen: im Jahre 2016 rechnet man mit Entschädigungen für abgeregelte Anlagen und Systemkosten infolge Netzengpässen in Höhe von 3 Mrd Euro - mit weiter steigender Tendenz.
- Vor 15 Jahren betrug der Strompreis für Private (auf Cent umgerechnet) ca. 10 Ct/kWh, heute muss der Privathaushalt hierfür ca. 30 Cent aufbringen.
- Privates Vermögen wird durch staatliche Fehlsteuerungen zur Förderung von Investitionen in Anlagen zur Erzeugung von „erneuerbaren“ Energien, die z. Zt. auf dem Strommarkt nicht nachgefragt bzw. nicht produktiv genutzt werden können, vernichtet. Viele Projektentwickler sammeln Kapital mit unhaltbaren Renditeversprechen ein. Sie verdienen ihr Geld mit der Entwicklung dieser Projekte, während die Kapitalanleger wegen mangelnder Erträge nicht selten den finanziellen Ruin der Projekte tragen müssen.

Schon jetzt fällt es ärmeren Mitbürgern schwer, die Energiekosten zu tragen. Eine Energiewende auf dem Rücken der sozial Schwachen!

Der Ausblick

in die Zukunft lässt erwarten, dass sich die Verwerfungen auf dem nun einmal eingeschlagenen Weg verschärfen werden:

- Der Bau von „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd zum Abtransport der Windenergie wird Milliarden von Investitionen erfordern, für die der Verbraucher aufkommen müssen.
- Die Entwicklung und Bereitstellung von Speicherkapazität wird sich ebenfalls im Strompreis niederschlagen.
- Die Landesregierung von S-H will die Stromerzeugung aus Wind verdreifachen. Das bedeutet nicht nur eine über den Strompreis zu finanzierende Verdreifachung der Subventionen in die Taschen der Windmüller, sondern die Ausbreitung der Silhouette Dithmarschens über das ganze Land – mit Folgen für die Gesundheit der Bewohner und den Wert ihres Wohneigentums. Das Atomkraftwerk Brokdorf wird 2021 vom Netz gehen. Um seine Strommenge zu ersetzen, würde man rund 1.800 zusätzliche Windkraftanlagen (der Klasse 3,3 MW) bauen müssen. Wohin?

Der Irrsinn spielt sich vor dem Hintergrund ab, dass die zuständige EU-Kommission ein Strategiepapier zum forcierten Neubau kleiner Atomkraftmeiler vorlegt. Um es deutlich zu sagen: Die FDP hält nichts davon, neue Atomkraftwerke zu errichten. Diese Form der

Energiegewinnung muss langfristig überwunden werden. Wohl aber wehrt sich die FDP gegen eine kopflose, mit Brachialgewalt betriebene Umstellung auf die „erneuerbaren“ Energien mit problematischen Folgen für weite Teile der Bevölkerung, für Natur und Kulturlandschaften. Sie tritt dafür ein,

- die wirtschaftlich problematische Subventionierung von Photovoltaik-Anlagen anzupassen.
- die Errichtung und das Repowering von on-shore Windkraftanlagen nur nach Maßgabe schärfster Kriterien zu genehmigen,
- die Errichtung von off-shore Windkraftanlagen zu forcieren, sobald der Transport des so erzeugten Stroms in die südlichen Gebiete möglich ist,
- den Ausbau der Windkraftindustrie grundsätzlich nur noch zu genehmigen, wenn die erforderliche Speicher- und Übertragungskapazität zur Verfügung steht,
- bis zur Verfügbarkeit neuer Energiequellen (z. B. Fusionsenergie) die geothermische Energiegewinnung auszubauen, im Übrigen auf Gaskraftwerke zu setzen und
- im Zweifel für einen Übergangszeitraum die Laufzeit moderner Atomkraftwerke zu verlängern.

Der Beitrag Bargtheides und seiner Einwohner zum Klimaschutz

In der Stadt Bargtheide konstituierte sich im Jahr 2012/13 als Folge der in Berlin beschlossenen Energiewende ein Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie mit dem Aufgabengebiet des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes. Es wurde eine hauptamtliche Position als Klimaschutzmanager(in) zum 01.05.2013 geschaffen mit dem Ziel, mit seiner/ihrer Hilfe – bezogen auf das Jahr 2010 – eine Minderung der CO₂-Emissionen der Stadt um 20 % pro Kopf bis spätestens 2020 zu erreichen, insgesamt somit 13.200 t einzusparen (15000 Einwohner x 4,4 t (pro-Kopf-Ausstoß lt. städt. Gutachten von 2012) = 67000 t (Gesamtemissionen der Stadt) x 20 % = Einsparungsziel 13.200 t)).

Wie sind die städtischen Klimaaktivisten auf diese 20 % gekommen? Was bedeuten 20 % konkret? Es geht um gut 5.000 Tonnen CO₂, die bis 2013 zeitanteilig einzusparen gewesen wären, was erwartungsgemäß nicht erreicht wurde. Nun ist dieses Reduktionsziel von 20 % freilich ebenso aus der Luft gegriffen wie die Umsetzungsfrist. Das alles zeigt die Beliebigkeit, mit der ein ernstzunehmendes Thema behandelt wird. Uns allen ist zudem bewusst, dass die Einsparung von 13.200 t CO₂ im globalen Maßstab „vom Winde verweht“ wird, ihre Bedeutung für den Klimaschutz gar nicht messbar ist. Sie ist vergleichbar dem Ausstoß klimaschädlicher Gase von ein paar südamerikanischen Rinderherden (die jährliche Luftverschmutzung durch das Methan einer Kuh entspricht einer CO₂-Menge von 3 Tonnen), fordert den Bargtheider Bürgern aber einen – auf die Weltbevölkerung bezogen – überproportionalen Beitrag an CO₂-Einsparungen ab.

Das alles soll und darf uns gleichwohl nicht davon abhalten, uns engagiert um eine Reduzierung unseres Energieverbrauchs zu bemühen – schon aus ethischen Gründen und weil uns angesichts unserer technischen Möglichkeiten eine Schrittmacherfunktion zukommt. Die Kommunalpolitik hat einen Strauß sehr unterschiedlicher Maßnahmen definiert: z. B. Öffentlichkeits- und Pressearbeit (PR), Beratungsangebote, Verteilen von Informationsmaterial, Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Verkehr (z. B. Stadtradeln), Unterstützung von Energiesparmodellen an Schulen (fifty-fifty), private Haushalte (Informationszentrum, Quartierssanierung), energetische Sanierung von kommunalen Liegenschaften. Mit solchen Maßnahmen, die – soweit sie nicht reine Symbolhandlungen und verhältnismäßig sind – von der FDP unterstützt werden, dürften, wenn sie konsequent umgesetzt würden, bereits erhebliche Reduktionserfolge zu erzielen sein. Und der FDP-Ortsverband ergänzt beispielhaft:

- Steigerung der Attraktivität und Förderung des öffentlichen Personalverkehrs
- Forcierter Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität
- Anreize für energetische Gemeinschaftsanlagen
- Einbau von Thermostaten und Sparduschköpfen
- Austausch veralteter Heizungsanlagen
- Austausch veralteter Kühl- und Gefrierschränke gegen effiziente Geräte
- Dämmungsmaßnahmen sowie Fenstererneuerungen in Altbauten
- Erhalt und Erweiterung des städtischen „Grüns“ (CO₂-Senken)

- Erweiterung des Dienstleistungsangebots in Bargteheide (z. B. Medizinisches Zentrum), um Pendelei zu vermeiden

Wer mehr tun will, mag noch einen symbolträchtigen Veggie-Day einlegen.

Demgegenüber hat die Stadt einen Irrweg beschritten und die Stadtwerke Bargteheide gegründet. Diese sollen in Kooperation mit den Vereinigten Stadtwerken von Bad Oldesloe, Mölln u. Ratzeburg durch Übernahme der Netze für Strom und Gas gezielter Einfluss auf die Investment- und Energieversorgungspolitik im Sinne der politisch vorherrschenden Mehrheiten in der jeweiligen Stadtvertreterversammlung nehmen. Trotz zuverlässiger Bereitstellung von Energie durch die Privatwirtschaft geriert sich die Stadt nun also als Unternehmer – ohne Verpflichtung und ohne Not und ohne zu wissen, ob die Bargteheider Stadtwerke jemals in die Gewinnzone kommen oder nicht sogar Defizite aufgrund notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen, des Betriebs und Ausbaus der Netze zu beklagen sein werden. Es gilt zu bedenken: die Hälfte aller Stadtwerke in Deutschland operiert im „Roten Bereich“ und macht sich so wirtschaftlich abhängig vom Steuerzahler!

In diesen Kontext gehört auch das unternehmerische Abenteuerium von Lokalpolitik und Verwaltung mit dem „Bürgerwindpark“. Dieser überstand das Embrionalstadium nicht, u. a. wegen Missachtung deutscher und europäischer Wettbewerbsregeln. Wir haben es bei den ad-hoc-Aktionen vielfach mit einer energiepolitischen Geisterfahrt als Folge einer unstrukturierten, politisch motivierten, zentralgesteuerten und so nicht kontrollierbaren und damit fehlgesteuerten Energiewende zu tun, die das Klimaziel konterkariert und zu finanziellen Kollateralschäden eines jeden Verbrauchers führt. Ganz abgesehen davon, dass Kulturlandschaften verunstaltet und halbwegs intakte Land- und Naturschutzzonen der agrar-industriellen Energiezeugung geopfert werden.

Der FDP-Ortsverband plädiert dafür, Energieeinsparungen mit Vernunft und Augenmaß zu propagieren und zu realisieren. Vernunft und Augenmaß gebieten darüber hinaus, sich nicht nur auf die Reduktion von Treibhausgasen zu kaprizieren, sondern sich vor den absehbaren Folgen der Erderwärmung – z. B. heftigeren und häufigeren Stürmen, Starkregen, Überflutungen – durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu schützen. Denn was immer der Mensch tut oder unterlässt: klimatische Veränderungen begleiten die Erde und das auf ihr entstandene Leben bis an das Ende aller Tage.